

Bürgerentscheid: Am Sonntag stimmen die Selbitzer über das Konzept für Mobilfunk-Standorte ab

„Es gäbe eine Möglichkeit ohne Abstriche“

Nach der Veröffentlichung der Selbitz-Studie erreichen Dr. Horst Eger aus Naila Anfragen aus aller Welt. Nur die Mobilfunkbetreiber selbst rühren sich nicht.

Herr Dr. Eger, am kommenden Sonntag sollen die Selbitzer nach Meinung der IRM die Konsequenz aus der Selbitz-Studie ziehen. Sind Sie gespannt auf das Ergebnis?

Ich verfolge es mit Interesse – wie alles, was mit diesem Thema zu tun hat. Was Mobilfunkstrahlung betrifft, herrscht nach wie vor Unwissenheit und dementsprechend großer Aufklärungsbedarf.

Strengen Sie deshalb Studien wie die in Naila und Selbitz an?

Ich strengte sie an, um meinen Auftrag als Mediziner zu erfüllen: Dafür zu sorgen, dass es den Menschen in ihrer Umgebung gut geht.

Aber mit ihrer Studie haben Sie doch erst einmal nur bewiesen, dass es ihnen in der Nähe von Sendemasten nicht gut geht...

Das stimmt. Aber wir haben in Selbitz die einmalige Möglichkeit, die Studie mit einem Beweis zu untermauern. Wenn die Mobilfunkanlage auf dem Wohnhaus in der Feldstraße für einige Monate abgeschaltet wird,



Hier, vor dem Hochhaus in der Selbitzer Feldstraße, auf dem gleich zwei Mobilfunkmasten stehen, hat mit der Selbitz-Studie alles begonnen. Jetzt gehen die Mitglieder der Initiative Risiko Mobilfunk einen Schritt weiter. Carsten Kirschner, Stefanie Gruner, Kurt Gruner-Schlee und Dorothea Haase (von links) hoffen auf den Bürgerentscheid. Foto: glas

Ärger über unfaire Mittel

Die Initiative Risiko Mobilfunk kritisiert den Gegenwind aus dem Selbitzer Rathaus. Die Mitglieder wünschen sich eine Abstimmung, bei der die Bürger selbst entscheiden sollten.

Von Susanne Glas

Selbitz – Was haben Gemeinden wie Lichtenfels, Coburg und Eching, was Selbitz nicht hat? „Geld“, sagt Bürgermeister Klaus Adelt. „Zusammenhalt unter den Bürgern“, finden die Mitglieder der Initiative Risiko Mobilfunk. Auf ihr Betreiben hin geht am kommenden Sonntag ein Bürgerentscheid über die Bühne, bei dem die Selbitzer entscheiden sollen, ob sie ein „Standortkonzept für Mobilfunksende- und Empfangsanlagen“ wollen – oder nicht.

Doch in ihrem Bestreben, der Stadt ein Mitspracherecht für den Bau von Mobilfunkmasten zu verschaffen, sehen sich die rund 15 Initiativler mit unfairen Mitteln ausgebremst: Seit etwa drei Wochen bekommen die Selbitzer regelmäßig Post in Form

von Flugblättern und Handzetteln, unterschrieben von Bürgermeister Klaus Adelt und zwölf Stadträten. „Nein zum Bürgerentscheid der IRM“, heißt es darauf – gefolgt von einer Vielzahl an Argumenten.

Eines heißt „Angst macht krank“ – und bringt Renate Ströhlha von der IRM besonders auf die Palme: „Wir haben keine Angst und verbreiten auch keine, sondern nur Informationen“, sagt sie. Und das sei mit Blick auf das Ergebnis der Selbitz-Studie von Dr. Horst Eger auch wichtig. Immerhin sei darin belegt, dass die Beschwerden von Bürgern stärker werden, je näher sie an Mobilfunkanlagen wohnen: Schlafstörungen, Depressionen, Gelenksbeschwerden, Infekte oder auch Magen-Darm-Probleme. Wie mehrfach berichtet, hatte Eger gemeinsam mit der Stadt Selbitz und anderen Ärzten das Gebiet um das Hochhaus in der Feldstraße 28/30 untersucht, auf dem gleich zwei Mobilfunkmasten stehen. Vor wenigen Tagen wurde die Studie veröffentlicht.

„Uns ist völlig klar, dass Masten wie dieser nicht sofort verschwinden, wenn wir mit unserem Bürgerentscheid Erfolg haben“, sagt Stadtrat

Carsten Kirschner, der sich bei der IRM engagiert. Verträge seien Verträge, aber es gebe schließlich auch die Zeit nach dem Vertrag. Mit Hilfe eines Vorsorgekonzeptes, wie es andere Städte längst hätten, sei es der Kommune dann möglich, den Betreibern vorzugeben, wo Sendeanlagen errichtet werden dürften – und ob überhaupt. Immerhin bestünde in Selbitz schon heute eine hundertprozentige Netzabdeckung – sichergestellt von vier Mobilfunkbetreibern. Das Argument Adelts, die Stadt habe selbst dann keine Handhabe gegen den Bau solcher Masten auf privaten Gebäuden, wenn es ein Standortkonzept gibt, wollen Kirschner und seine Mitsstreiter nicht gelten lassen: „Zum einen hat die Stadt

rechtliche Mittel, die Bauleitplanung durchzusetzen, zum anderen könnte sie mit den vier Mobilfunkbetreibern ganz anders diskutieren, nämlich auf Augenhöhe, wenn sie die Bürger hinter sich weiß“, sagt er.

„Ich wünschte, die Selbitzer würden bei diesem Thema genauso zusammenhalten, wie es die Bürger in anderen Städten und Gemeinden tun“, sagt Dorothea Haase. Doch statt die Selbitzer am Sonntag „einfach mal abstimmen zu lassen“, würden Stadtrat und Bürgermeister Klaus Adelt eine beispiellose Kampagne anzetteln, die bloß für weitere Verunsicherung Sorge. Vor allem von ihrem Bürgermeister seien sie enttäuscht. „Da gibt es Menschen in seiner Stadt, denen es schlecht geht, und er tut alles dafür, dass das so bleibt“, ärgert sich auch Kurt Gruner-Schlee, der nach eigenen Worten aus Solidarität für die Interessen der IRM kämpfe, „denn ich selbst habe keine Probleme“.

Und wenn der Bürgerentscheid nicht zum Erfolg führt? „Dann haben wir wenigstens etwas getan. Und wir werden weiter für die Information der Bürger kämpfen“, sagt Gruner-Schlee.



Mit Aufrufen, zu finden in jedem Briefkasten, wenden sich zwölf Stadträte und Bürgermeister Klaus Adelt an die Bürger – sehr zum Ärger der Initiative.

20 Prozent müssen es wollen

Stimmzettel

für den Bürgerentscheid in der Stadt Selbitz

„Standortkonzept für Mobilfunksende- und Empfangsanlagen“

am 4. Juli 2010

Frage:

„Sind Sie dafür, dass die Stadt Selbitz umgehend ein kommunales Standortkonzept für Mobilfunksende- und Empfangsanlagen erstellen lässt und im Anschluss daran eine sofortige Bauleit- und Flächennutzungsplanung für das gesamte Stadtgebiet und seiner Außenorte, mit dem Ziel der Sicherung einer gebietsverträglichen Mobilversorgung, beschließt?“

Ja



Nein



Interview



Dr. Horst Eger, Allgemeinmediziner aus Naila

ohne dass die Bürger darüber informiert werden, könnte man die Beschwerden überprüfen. Das wäre die beste Kontrolle.

Für die Sie aber die Mobilfunkbetreiber ins Boot holen müssten. Hat sich von dieser Seite nach Veröffentlichung der Studie jemand gemeldet? Nein, aber ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse in den oberen Etagen der Unternehmen sehr wohl zur Kenntnis genommen worden sind.

Aber ist deren Schweigen nicht zumindest aus geschäftlicher Sicht nachzuvollziehen?

Nicht für mich. Schauen Sie, vor vielen Jahren galt Asbest als Spitzenbaumaterial. Zweifler wurden damals belächelt. Das wiederholt sich gerade mit der Mobilfunkstrahlung. Für die Betreiber wäre es also klug, auf die Bevölkerung zuzugehen. Zumal sie denen, die leiden, ganz leicht helfen können. Technische Möglichkeiten gibt es jede Menge – ohne Abstriche für die Handynutzer.

Der Selbitzer Bürgermeister Klaus Adelt verteilt Handzettel mit der Botschaft, dass die Ergebnisse Ihrer Studien von Fachleuten als nicht verwertbar eingestuft werden...

Dann sollte er diese Fachleute den Bürgern benennen. Mich würde es interessieren. Nachdem die Selbitz-Studie veröffentlicht war, hat es weltweite Reaktionen gegeben – aus Spanien, Schweden oder Kanada zum Beispiel. Ich habe sie an den Verlag weitervermittelt. Aber Fachleute, die Gegenbeweise antreten können, haben mir bisher keine stichhaltigen Unterlagen zukommen lassen.

Laut Adelt würde die von der IRM geforderte Bauleitplanung mehrere Hunderttausend Euro kosten...

Die Stadt Coburg, mit 42000 Einwohnern viel größer als Selbitz, hat dafür 60000 Euro ausgegeben und investiert jetzt in die Verlegung von Glasfaserkabeln. Das Gespräch führte Susanne Glas

„Das Geld ist zum Fenster hinausgeworfen“

Die Bürgermeister setzen auf direkte Verhandlungen mit dem Betreibern der Funkmasten. Vodafone etwa sei bereit, den Standort ab dem Jahr 2020 zu überdenken.

Herr Adelt, ist das der erste Bürgerentscheid in ihrer Amtszeit? Ja. Bisher haben die Selbitzer immer der Mehrheit ihrer Stadträte vertraut.

Jetzt tun das zumindest einige nicht. Karl-Heinz Färber: Wir haben uns als Stadtrat nichts vorzuwerfen. Die gesetzlichen Strahlungsgrenzwerte werden in Selbitz unterschritten. Klaus Adelt: Mag sein, dass diese Grenzwerte zu hoch sind. Aber das sind Regelungen des Bundes, da gibt's keine Ausnahmen.

Die IRM möchte, dass die Stadt künftig ein Wörtchen mitzureden hat, wenn neue Masten gebaut werden. Adelt: Jede Gemeinde ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Bürger mit dem Handy telefonieren können. Es mag Menschen geben, die in der Nähe von Sendemasten gesundheitliche Probleme bekommen, so wie andere in der Nähe von Wasseradern. Aber diese Probleme werden nicht besser, nur weil die Stadt Hunderttausende Euro für ein Konzept zum Fenster hinauswirft, das an sich nicht durchzusetzen ist.

Interview



Bürgermeister Klaus Adelt



Karl-Heinz Färber zweiter und Gunter Leupold dritter Bürgermeister

Laut Dr. Eger aus Naila hat die Stadt Coburg nur 60 000 Euro gezahlt, obwohl sie viel mehr Einwohner hat...

Adelt: Vielleicht für die Analyse und das Standortkonzept. Aber eine Bauleit- und Flächennutzungsplanung für das gesamte Stadtgebiet zu fordern, ist Wahnsinn. Diese Arbeit müssen teure Fachbüros leisten. Da kommt die Million, wie vom Landratsamt prophezeit, schon hin.

Herr Adelt, wenn Sie vom Plan der IRM nichts halten – wie wollen Sie den Bürgern, die Probleme mit dem Mobilfunk haben, denn dann helfen? Durch Verhandlungen mit den Mobilfunkbetreibern, die längst laufen. Die Firma Vodafone beispielsweise, die einen Mast in der Feldstraße 28 betreibt, ist durchaus bereit, den Standort zu wechseln, wenn der Vertrag im Jahr 2020 ausläuft. Aber eines ist Fakt: Durch die Selbitzer Topografie ist es nach Auskunft der Mobilfunkbetreiber notwendig, dass ein Mast im Wohngebiet steht.

252 Selbitzer haben ihre Stimme bereits per Briefwahl abgegeben. Was glauben Sie, wie geht die Wahl aus? Adelt: Ich weiß es nicht. Wichtig ist, dass die Bürger in jedem Fall zur Wahl gehen, sowohl in Sachen Nichttraucherschutz als auch Mobilfunk. Wer zu Hause bleibt, verschenkt die Möglichkeit der Meinungsäußerung. Die Bürger sollten aber auch wissen, dass hier ihre drei Bürgermeister sitzen, die gewählt wurden, damit sie für das Wohl ihrer Gemeinde kämpfen. Und das tun wir. Das Gespräch führte Susanne Glas